



Publikation im Zuger Amtsblatt vom 6. August 2026

Erneuerungswahl 2026

für sieben Mitglieder des Regierungsrats des Kantons Zug für die Amtsperiode 2027-2030; bereinigte Wahlvorschläge

Bei Majorzwahlen werden im Falle eines Urnengangs die bereinigten Wahlvorschläge in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen der kandidierenden Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber und danach der neu Kandidierenden samt einer allfälligen Partei oder Gruppierung, die den Wahlvorschlag eingereicht hat, im Amtsblatt veröffentlicht (§ 37a WAG; BGS 131.1).

- 01 Dittli Laura, 1991, Regierungsrätin, 6300 Zug, Die Mitte Kanton Zug, bisher
- 02 Hausheer Andreas, 1973, Regierungsrat, 6312 Steinhausen, Die Mitte Kanton Zug, bisher
- 03 Hostettler Andreas, 1968, Regierungsrat, 6340 Baar, FDP, bisher
- 04 Schleiss Stephan, 1972, Regierungsrat, 6312 Steinhausen, SVP Schweizerische Volkspartei, bisher
- 05 Tännler Heinz, 1960, Regierungsrat, 6300 Zug, SVP Schweizerische Volkspartei, bisher
- 06 Thalmann-Gut Silvia, 1961, Regierungsrätin, 6317 Oberwil b. Zug, Die Mitte Kanton Zug, bisher
- 07 Weber Florian, 1981, Regierungsrat, 6318 Walchwil, FDP, bisher
- 08 Gauch Jessica, 1994, Juristin, 6300 Zug, SP – Sozialdemokratische Partei
- 09 Gautier Joëlle, 1985, Ökonomin, Winzerin und Kantonsrätin, 6300 Zug, GLP – Grünliberale Partei
- 10 Lustenberger Andreas, 1986, Geschäftsleitungsmitglied, Kantonsrat, VR-Präsident, Geograf, 6340 Baar, Alternative – die Grünen, CSP und soziales Bündnis

Rechtsmittelbelehrung

Gestützt auf § 67 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG) vom 28. September 2006 (BGS 131.1) kann wegen Verletzung des Stimmrechts und wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Entdeckung des Beschwerdegrundes, spätestens jedoch am zehnten Tag nach der amtlichen Veröffentlichung der Ergebnisse im Amtsblatt einzureichen (§ 67 Abs. 2 WAG). In der Beschwerdeschrift ist der Sachverhalt kurz darzustellen (§ 68 Abs. 1 WAG). Bei Wahlbeschwerden ist ausserdem glaubhaft zu machen, dass die behaupteten Unregelmässigkeiten nach Art und Umfang geeignet waren, das Wahlergebnis wesentlich zu beeinflussen (§ 68 Abs. 2 WAG). Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 67 Abs. 3 WAG).

Zug, 6. August 2026

Staatskanzlei des Kantons Zug